

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.
Der Gespaltenen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außerhalb des Kreises 20 &. Kleinanzeige 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 3.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag, den 8. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

F. B. 461. Rüdesheim, den 31. Dezember 1919
Der Generalkommandant der Rheinarmee heisst die
Anwendung nachfolgend verzeichneter Beschlüsse in der be-
sehten französischen Zone gut:

- 1) Beschluss vom 21. November 1919 bezüglich der Ab-
tretung der fremden Staatspapiere,
- 2) Beschluss vom 23. November 1919 bezüglich der Aus-
fuhr der Veräußerung, sowie der Verpfändung der-
selben Wertpapiere.

gez. Percin,
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 462. Rüdesheim, den 31. Dezember 1919.
Der Generalkommandant der Armee hat beobachtet,
dass die Verkehrsverordnungen für Fuhrwerke durch die
Zivilbevölkerung schlecht beobachtet werden. Es ereignet
sich häufig, dass er Führer trifft, die nicht auf der rechten
Seite fahren, andere die auf dem Vordruck eingeschlagen sind
oder sogar ihre Fuhrwerke gänzlich im Stich lassen, was
Unfälle hervorruft.

Die Gendarmeriestation und der Aufsichtsdienst des
Verkehrs werden ersucht, die Namen der Zuwiderhandelnden
zu notieren, sie zu Protokoll zu nehmen oder in ihren Be-
richten aufzuführen.

gez. Percin
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 463. Rüdesheim, den 5. Januar 1920.
Die Interalliierte Kommission der Rheinlande hat die
Anwendung des Erbschaftssteuergesetzes vom 10. September
1919 für das besetzte Gebiet genehmigt.

Percin
Rittmeister und Administrateur.

Die Justizreform.

Stärkere Heranziehung des Laienelementes.

Die bereits seit längerer Zeit angekündigte Ju-
stizreform ist jetzt durch das Reichsjustizministerium
ernstlich in Angriff genommen worden. Die National-
versammlung wird sich noch vor ihrer Auflösung mit
drei Justizgesetzentwürfen zu befassen haben. Es han-
delt sich um einen Entwurf von Pressedirektoren mittelste, um
ein Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes,
ein Gesetz über den Rechtsgang in Strafsachen
und ein Jugendgerichtsgesetz.

Durch die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz
soll der Rechtsgang von Strafsachen von Grund auf
reformiert werden. In allen Strafsachen, abgesehen
den vor Schwurgericht und Reichsgericht gehörigen,
entscheidet in erster Instanz das mit Amtsrichtern
und zwei Schöffen besetzte Amtsgericht, da der
Amtsrichter am festesten im Volke wurzelt. Alle ge-
ringeren Sachen, die jetzt zur Zuständigkeit der Straf-
kammern gehören, sollen den Amtsgerichten zugewiesen
werden. Die Strafrechtspflege wird also zum großen
Teil den Schöffengerichten zufallen, wovon eine große
Einfachung der Geschäfte erwartet wird. Die
Strafkammern sollen auch mit Volksrichtern be-
setzt werden und die neuen Berufsgerichte bilden.
Das Schwurgericht soll künftig (dem Vorbild Sü-
ddeutschlands und Oldenburgs folgend) für alle Presse-
sachen zuständig sein. Das Reichsgericht bleibt
zuständig für Hoch- und Landesverrat. Neu gebildet
werden die Reuegerichte. Die Reue soll die Re-
vision ersetzen. Das Oberlandesgericht soll das haupt-
sächlichste Reuegericht werden.

Die Stellung des Strafrichters soll gehoben, die
Zahl der Richter vermindert werden. Dies soll er-
reicht werden durch eine stärkere Heranziehung des
Laienelementes. Der Kreis der Volksrichter soll
durch Einbeziehung der Frauen und Volksschullehrer
erweitert werden. Es wird eine feste Geschworenen-
bank gebildet. Das Recht der Ablehnung ohne An-
gabe von Gründen fällt fort; nur die Ablehnung
wegen Befangenheit wird zugelassen. Es wird keine
„Gerichtsscheiter“ mehr geben, sondern nur noch
„Schriftführer“.

Das Gesetz über den Rechtsgang in Straf-
sachen (wie der Strafprozess jetzt genannt wird) er-
fährt wesentliche Veränderungen. Das Vorverfahren
wird gänzlich in die Hand der Staatsanwaltschaft
gelegt. Die Stellung des Beschuldigten wird gehoben.
Die Fälle notwendiger Verteidigung werden vermehrt,
die Rechte des Verteidigers wesentlich erwei-
tert. Sein Verkehr mit dem Beschuldigten ist un-
beschränkt, grundsätzlich hat er volle Mitherrschaft.
Die gesamte Voruntersuchung fällt fort. Die Un-
tersuchungshaft wird eingeschränkt, eine humane
Behandlung des Untersuchungsgefangenen gesichert, eine
neue ernste Nachprüfung, ob der Fortbestand der
Untersuchungshaft notwendig ist, angeordnet. Im
mündlichen Einwendungsverfahren kann der Beschul-
digte Klage in Klage mit dem zuständigen Richter die
Gründe seiner Haft erörtern.

In der Hauptverhandlung soll das Ge-
richt nicht als Organ der Strafverfolgung auftreten.
Die Mitglieder des Gerichts haben sich jeder Anseer-
ung über Schuld oder Unschuld zu enthalten. Der
Angeklagte hat das Recht zur Verweigerung seiner
Aussage. Die Parteien haben das Recht, Zeugen und
Sachverständige, die sie gestellt haben, selbst zu ver-
nehmen. Die Urteilsgründe des Amtsgerichts werden
nur bei Anfechtung oder auf Antrag schriftlich nie-
dergelegt. Das Recht des Vorsitzenden, den Verteidi-
ger in eine Ordnungsstrafe zu nehmen, wird aufge-
hoben.

Wichtig ist auch, dass die Pflicht des Staats-
anwalts zur Strafverfolgung in Fortfall kommt. Ja,
geringfügige Übertretungen darf der Staatsanwalt
nicht verfolgen. Dagegen wird die Eigenliebe des
Verletzten zugelassen. Bei Strafprozessen können Scha-
denersatzansprüche bis zu 20 000 Mark geltend gemacht
werden.

Das neue Jugendgerichtsgesetz erhöht die
Strafmündigkeit von zwölf auf vierzehn Jahre. Der
Richter erhält das Recht der bedingten Strafaus-
setzung d. h. er kann von der Vollstreckung des Ur-
teils absehen und dem Jugendlichen eine Bewäh-
rungsfrist bis zu fünf Jahren setzen, nach deren
Ablauf er bei einwandfreier Führung die Strafe für
erlassen erklärt. Bei der Strafvollstreckung ist stets
auf die Erziehung des Jugendlichen Rücksicht zu neh-
men.

Der Minister erhofft von seinen Entwürfen, dass
weniger angeklagt, verurteilt und bestraft, Zeit, Kraft
und Personal gespart, weniger geschrieben, weniger
gelesen, weniger mit Beamten, mehr mit Laien ge-
arbeitet wird. Diese Ersparnisse an Kraft, Zeit und
Personal sollen, ohne die Rechtsfindung zu beein-
trächtigen, die schwere Lage, in der wir uns befinden,
erleichtern helfen.

Eine Rede Erzbergers.

Der Minister verteidigt sich gegen die An-
griffe der Rechten.

Reichsfinanzminister Erzberger sprach am Sonntag
in Stuttgart in einer großen Parteiversammlung des
Zentrums über die allgemeine Lage. Erzberger be-
zeichnete als eine der größten Gesichtspunkte die
Behauptung, dass die Regierung schuld an den heu-
tigen Verhältnissen sei. Wenn die Regierung bei den
Waffenstillstandsverhandlungen einen Fehler
gemacht habe, so sei es der, dass die Zivilver-
waltung die Verantwortung für den militärischen Zu-
sammenbruch und für den Waffenstillstand auf sich
genommen habe. Er habe an dem betreffenden Son-
ntag, mittags ein Telegramm von Hindenburg er-
halten, dass der Waffenstillstand unter allen
Umständen abgeschlossen werden müsse, und
wenn sich keine Erleichterung der ursprünglichen Be-
dingungen erreichen ließe, müsse trotzdem abgeschlossen
werden. Aus besserer Quelle wisse er — Erzberger —,
dass Marshall Foch es nur sehr schwer überwinden
konnte, dass er den Traum und Wunsch seines mili-
tärischen Lebens, die Festung Metz mit Artillerie nie-
derzugewingen, nicht erreichen konnte, weil der Waf-
fenstillstand ihm zuvor kam.

Die weitere Behauptung, die Heimat sei der Front
mit dem Dolch in den Rücken gefallen, sei ein Haupt-
schlag in das Gesicht des deutschen Volkes. Erzberger
trat dann den Vorwürfen entgegen, dass er durch
Indiskretion die Friedensmöglichkeit im Jahre 1917
vernichtet habe. Die englische Regierung habe be-
reits vorher von den Berichten des Grafen Czernin
Kenntnis gehabt.

Zentrum und Koalition.

Der Minister trat dann den Vorwürfen gegen
die jetzige Koalitionsregierung scharf entgegen. Prak-
tisch konnte nur eine Koalition von Sozialdemokraten,
Demokraten und Zentrum, die dem Willen der gro-
ßen Volksmehrheit entsprach, in Betracht kommen. Ent-
gegen den Vorwürfen von Seiten der Gegner der
Koalition sei festzustellen, dass das Zentrum von
seinen alten Traditionen nicht abgegangen sei. Es sei
noch nicht die Zeit, das im einzelnen auszuführen.
Aber es sei nur hingewiesen: Im November 1918
fielen 22 Fürstentümer in den Staub, aber kein Mi-
schgeschick wurde zerbrochen, kein Geistlicher vergewal-
tigt. Die Reichsverfassung bringe für die Religions-
gesellschaften größere Freiheiten, als sie je bestanden
haben. Bischof und Kirche seien frei von staatlicher
Bevormundung. An der Schulfrage sei unser Ideal

nicht erreicht, aber auf dem Boden der Freiheit konnte
eine erträgliche Verständigung erzielt werden.

Zwei neue Steuerentwürfe.

Erzberger beschäftigte sich dann mit Finanztra-
gen und kündigte an, dass demnächst zwei neue Steuer-
entwürfe der Öffentlichkeit zugehen würden. Einmal
das Körperschaftsteuergesetz. Dieses Gesetz er-
fasst steuerlich alle diejenigen Träger und Bezieher
von Einkommen, die nicht der Einkommensteuer für
die natürlichen Personen unterliegen. In dieser Steuer
wird auch eine Abgabe auf die „Tote Hand“ enthalten
sein. Der Steuerfuß wird zehn Prozent betragen und
steigt bei Erwerbsgesellschaften auf 20 beziehungsweise
30 Prozent des Einkommens. Zweitens würde ein
neues Ergänzungsteuergesetz kommen, das den
Vermögenszuwachs besteuert. Es ergänzt sowohl das
Reichsnotopfer, indem es die sich neu bildenden Ver-
mögen erfasst, wie die Einkommensteuer, indem es das
nicht verbrauchte Einkommen erfasst. Die Sätze auf
den Vermögenszuwachs sind relativ niedrig gehalten
und endigen mit 10 Prozent. Der Sparer soll geschont
werden und ebenso soll sich neues Kapital bilden
können.

Hinsichtlich der künftigen positiven Aufgaben
zeichnete der Reichsfinanzminister Erzberger drei Rich-
tungen: 1. Staatspolitische, 2. innenpolitische, und 3.
außenpolitische. Die erste staatspolitische Aufgabe sei
der Einheitsstaat. Die Reichsgewalt müsse stark
sein. Die Länder dagegen betätigen sich auf ihrem
eigenen Gebiet, dem kulturellen Gebiet. Das schließt
vor Untergrabung der Eigenart. Der finanzielle Ab-
schluss für die Ueberführung der Eisenbahnen, Post
und Wasserstraßen an das Reich komme noch in diesem
Monat zustande.

Die in Vorbereitung begriffene große Besor-
dungsreform soll am 1. April 1920 in Kraft
treten. Das Grundgehalt soll den Beamten rechtzeitig
die Errichtung eines eigenen Haushaltes sowie die
Erfüllung ihrer Pflichten, und Ortszulagen sollen für
die örtlichen Verhältnisse den notwendigen Aus-
gleich bieten. Durch Kinderzulagen soll dem Anwach-
sen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Es
wird auch eine Vereinfachung in der Zahl der Be-
amtenklassen eintreten.

Die Rede fand, abgesehen von einzelnen Zwi-
schenrufen, lebhaften Beifall. Tausende umdrängten
das Kunstgebäude, wo die Versammlung stattfand, und
der Andrang der Menge, die teils aus Begnern und
teils aus Anhängern Erzbergers bestand, war so unge-
fähr, dass die verschlossenen Türen zum Verstum-
men eingebracht wurden. Aus der Menge heraus
wurde stürmisch verlangt, dass Erzberger auch zu ihm
spreche was der Reichsminister schließlich von einem
Banker des Kunstgebäudes aus auch tat.

Kaiser Karls Doppelspiel.

Die Enthüllungen des Prinzen Sixtus.

Bisher war man in Deutschland vielfach der An-
sicht, dass die Seitenhiebe der österreichischen Diplo-
matie während des Weltkrieges lediglich bezweckten,
einen Frieden um jeden Preis herbeizuführen, einen
Frieden, den man unter Preisgabe großer Landestücke
(italienisch Tirol, Triest usw.) zu erhalten suchte. Die
jetzt in der Ententezeit veröffentlichten Enthüllun-
gen des Prinzen Sixtus von Parma zeigen jedoch,
dass der ehemalige österreichische Herrscher vorerst gar
nicht daran dachte, Teile der österreichisch-ungarischen
Monarchie dem Feinde zu überlassen, vielmehr wollte
er sich den Frieden auf Kosten des verbündeten
Deutschland erkaufen.

In einer Unterredung mit Prinz Sixtus von
Parma vom 8. März 1917 gab Poincaré folgende
Anweisungen: Der Kurs, den Sie zu verfolgen haben,
ist der: Sie müssen von Österreich die Zustimmung
zu vier wesentlichen Punkten erhalten und diese in
strengstem Geheimnis an England und Russland mittei-
len und fragen, ob man zu einem Einnehmen
bezüglich des Abchlusses eines geheimen Waffenstill-
standes gelangen könne. Russland führt nur Krieg
um den Besitz von Konstantinopel. England will
nichts von Österreich, und dasselbe gilt von Frank-
reich. Es liegt im Interesse Frankreichs, Öster-
reich-Ungarn nicht nur zu erhalten, sondern
es auch auf Kosten Deutschlands zu vergrößern.
(Schlesien oder Bayern.) Wir, also Frank-
reich, werden nie einen Frieden mit Deutschland
schließen.

Ueber die vier Punkte gibt ein Brief, den
Sixtus am 16. März an Kaiser Karl schrieb, näheren
Aufschluss:

1. Österreich erkennt das Recht Frankreichs auf
Elzas-Lothringen, wie Frankreich es früher be-
saß. an Österreich-Ungarn wird alles tun, um die
Ansprüche Frankreichs in dieser Richtung zu unter-
stützen.

2. Preußen muß seine Souveränität unter der jetzigen Dynastie vollständig zurückhalten.

3. Oesterreich-Ungarn erklärt sich bereit, die serbische Souveränität unter der jetzigen Dynastie wiederherzustellen.

4. Oesterreich-Ungarn beabsichtigt Vorbesprechungen mit Rußland zu beginnen auf der Basis, daß Oesterreich-Ungarn sich bezüglich Konstantinopel uninteressiert erklärt, wofür es das heute von Rußland besetzte österreichisch-ungarische Gebiet zurück erhält.

Vom 20.—25. März folgte dann die Reise des Prinzen Sixtus nach Wien. Er brachte von dieser Reise den Brief Kaiser Karls vom 24. März mit, in dem die drei ersten Punkte Poincares angenommen wurden, während der vierte Punkt bezüglich Rußlands einer Revision unterstellt werden sollte. Am 23. März spät abends trafen sich der Kaiser und der Prinz in Laxenburg. Kaiser Karl sagte dabei u. a., er habe in Deutschland alles versucht. In den hohen deutschen Kreisen bestünde aber eine Friedensidee überhaupt nicht. Das Dogma des Siegfriedens bleibe dort unerschütterlich. Es sei des Kaisers Pflicht als Bundesgenosse, das Unmögliche zu versuchen, um die Deutschen dazu zu bringen, einen gerechten Frieden zu schließen. Wenn ihm dies nicht gelingen werde, wolle er einen Sonderfrieden schließen, da er die Monarchie nicht am Wahnsinn seines Nachbarn opfern könne. Jedenfalls werde er mit den Deutschen unter keinen Umständen reden, bevor er sich nicht vergewissert habe, daß sie den Gedanken eines Friedens, wie er vom Kaiser Karl und dem Prinzen Sixtus gedacht sei, zugänglich seien.

In einem zweiten Briefe an Prinz Sixtus gibt der Kaiser Karl der Hoffnung Ausdruck, daß bei der guten Verständigung zwischen der Monarchie einerseits und Frankreich und England andererseits auch die letzten Schwierigkeiten überwunden würden, die von einem guten Frieden trennen.

Der österreichische Außenminister Graf Czernin ließ diesen Brief versiegelt an den Prinzen abgehen. In seiner Anmerkung heißt es, daß Oesterreich kein Gebiet abtreten werde, d. h. ausgenommen im Austausch gegen andere; daß die Entente die Integrität der Monarchie garantieren müsse und daß Oesterreich auf alle Fälle bereit sei, einen ehrenvollen Frieden mit der Entente zu schließen und einen allgemeinen und endgültigen Frieden vorzubereiten.

Die Auslieferungsfrage.

Auch die Regierung hat noch keine Eile.

In der letzten Zeit beschäftigt sich die Presse auf fallend viel mit der Auslieferungsfrage. Es ist selbstverständlich, daß auch im Schoße der Regierung diesem Problem die allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Natürlich lassen sich Entschlüsse in Eingen, die für das gesamte politische und nationale Leben Deutschlands von so weittragender Bedeutung sind, nicht übereinstimmend fassen. Und die Presse, die sich nur ein bißchen ihrer Verantwortung bewußt ist, sollte sich doch etwas mehr Reserve auferlegen, als sie es tut. Versuche durch das Indieweltsehen von falschen Nachrichten, die Regierung zu vorzeitigen Maßnahmen zu veranlassen, können nicht bloß für die Regierung selbst, sondern für das gesamte deutsche Staatswesen von den verhängnisvollsten Folgen begleitet sein. Insbesondere wird gegenüber Presseäußerungen betont, daß die Regierung in dieser Angelegenheit nichts weiter kennt, als den Friedensvertrag, amtliche Mitteilungen von der Gegenseite sind ihr bis jetzt in dieser Frage nicht geworden. Sie wird also erst abwarten, was die Gegenseite verlangt und dann wird sie ihre Entschlüsse auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages fassen.

Die Streikdrohung der Eisenbahner.

Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, wo am Montag die Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern von neuem wieder aufgenommen worden sind, hofft man zuversichtlich, zu einem baldigen Abschluß zu kommen. Den Vorsitz führt Geheimrat Hausmann vom Reichsarbeitsministerium.

Wenn nun auch zu hoffen ist, daß der drohende Konflikt der Eisenbahner auf den Direktionsbezirk Frankfurt a. M. beschränkt bleiben wird, so ist damit die Gefahr, die von Frankfurt aus unserem ganzen Verkehrs- und Wirtschaftsleben droht, doch nicht zu verkennen. Immer deutlicher tritt zutage, daß auch hier wieder die wirtschaftlichen Ziele der Bewegung in den Vordergrund gehoben werden, um politische Forderungen durchzudrücken. Unverkennbar ist die Arbeit kommunistischer Agitatoren, die offen erklären, „entscheidend für die Eisenbahner sind nicht die Lohn-erhöhungen, sondern die Erläuterung des vollen Kontrollrechts der Eisenbahnbetriebsräte“.

Es handelt sich hier also um einen Sturmhauf der Kommunisten gegen das kommende Betriebsrätegesetz und für die Errichtung der revolutionären Betriebsratsorganisation. Bezeichnend für die Taktik der Kommunisten ist, daß in Berliner radikalen Kreisen erklärt worden ist, man werde derart hohe Lohnforderungen stellen, daß es zu einem allgemeinen Streik kommen müsse, der dann zum Sturz der Regierung führen werde. Sei das Betriebsrätegesetz, wie es von der Nationalversammlung geplant sei, erst angenommen, werde es zu spät sein. Wie weit die Verheerung der Eisenbahner den radikalpolitischen Drahtziehern bereits gelungen ist, geht aus daraus hervor, daß die Eisenbahnerbewegung über die Köpfe des Vorstandes des deutschen Eisenbahnerverbandes eingeleitet worden ist.

Politische Rundschau.

Zusammenbruch der Nordseefischerei.

Neuer fünfzig Fischdampfer liegen im Geestemünder Reederdeich wegen Kohlenmangels still. Montag, vormittag traf nur eine so geringe Menge Kohlen ein, daß nicht einmal ein halbes Duzend Dampfer davon versorgt werden konnte. Falls die Anlieferung von Kohle in diesem Umfang weiter erfolgt, muß man befürchten, daß die gesamte Geestemünder

Fischflotte zum Stillstand gelangt. Die Nachfrage nach Fischen ist außerordentlich groß.

Die amerikanische Hilfe.

Die Hilfsorganisationen der Quäker hat durch das Eintreffen einer Abteilung der englischen Quäker-Vereinigung eine weitere Verstärkung erfahren. Zur Zeit befinden sich Vertreter der amerikanischen, englischen und schwedischen Quäker in Berlin, die bisher ihr Unterstützungswort durch das „Rote Kreuz“ und die Flüchtlingsfürsorge am Schloßplatz erledigen ließen. Die bisherigen Verhandlungen haben sich nur auf Vorarbeiten beschränkt, über die Form, in der am besten die Hilfsleistungen erfolgen können. In einigen Fragen erwartet man auch das Eintreffen einiger Vorstandsmitglieder der „Society of Friends“ von London. Diese Wohltätigkeitsgesellschaft hat sich besonders um die Familien der internierten Deutschen in England verdient gemacht und in hochherziger Weise eine große Anzahl dieser während des Krieges und der Waffenstillstandsperiode unterstügt und vielen der Familien die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht.

Die Versailler Schlussverhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Entente, Dutasta und Loucheur, und dem Vorsitzenden der deutschen Delegation sind praktisch so weit gediehen, daß der Unterzeichnung am 6. Januar nichts im Wege stünde. Der Oberste Rat hat jedoch entschieden, daß zuvor die Erledigung aller der Fragen stattfinden müsse, die die Kommission v. Simson mit der Entente bespreche. Da es sich hier um eine große Menge Einzelfragen handelt, die nicht nur das Reich, sondern auch die Länder angehen, sind Rückfragen und kurze Berichtigungen unvermeidlich. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch der Rest dieser Fragen bald geklärt sein wird. Von einer Antwort auf die letzte Note der Entente dürfte Abstand genommen werden, es sind nur an Herrn v. Persner neue Instruktionen abgegangen. — Geheimrat v. Simson hat der Entente eine Note übermittelt, in der mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Kosten der Besetzungstruppen in den Abstimmungsgebieten um mögliche Einschränkungen gebeten wird, da die Finanzlage der Länder einer übermäßigen Belastung nicht gewachsen wäre. — Aus dem Bezirk Allenstein wird wesentlicher Wert darauf gelegt, daß die dortige Einwohnerwehr bestehen bleibt. Dieser Wunsch ist nach der Lage der Verhältnisse in jenen Gebieten durchaus berechtigt, und es wird in Paris auf seine Erfüllung von uns hingearbeitet werden.

Zur Aufhebung des Friedens. Wie der „Temps“ mitteilt, haben Minister Loucheur und Generalmajor Dutasta in Preßburg v. Veroners Wohnung mit diesem über die Ablieferung des Eisenmaterials verhandelt, und die letzten Schwierigkeiten schienen so gut wie beseitigt zu sein. Man glaube, das Inkrafttreten des Friedensvertrages würde sich möglicherweise um 48 Stunden auf den 8. Januar verschieben. „Chicago Tribune“ jedoch sagt, das Protokoll könne frühestens am 15. Januar unterzeichnet werden.

• Eine Beschwerde der Entente. Unserer Vertretung in Paris ist von Dutasta eine Beschwerde der Entente überreicht worden, die sich mit angeblichen überraschenden Truppenansammlungen in Schlesien befaßt. Es sollen sich dort insonderheit Baltikumtruppen versammeln. Auch soll sich eine Marinebrigade dort befinden. Wie die zuständige Stelle mitteilt, ist keine Rede von Truppenansammlungen in Oberschlesien. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Aus Oberschlesien sind Reichswehrtruppen zum Grenzschutz an der Nordostgrenze des Reiches herausgezogen worden. Die Baltikumtruppen sind überhaupt nicht in Formationen aus Ostpreußen abtransportiert worden. Sie sind über das ganze Reich hin verteilt und aufgestellt worden. Die Marinebrigade, die sich in Oberschlesien befindet, ist ein Teil der Reichswehr.

• Baldige Heimkehr der Scapa Flow-Deute. „Daily Mail“ meldet, daß in England Vorbereitungen getroffen werden, um die deutschen Seeleute von Scapa Flow und die noch gefangengehaltenen deutschen Fliegeroffiziere unverzüglich nach der Friedensratifikation freizulassen und heimzubeschicken. Den wegen der Versenkung der Schiffe bei Scapa Flow gefangengehaltenen deutschen Seeleuten wurde gestattet, eine fröhliche Weihnachtsfeier bei Bier und Trutbahn abzuhalten.

• Sachsen und die Ablieferung der Milch. Die Reichsleitung in einer Eingabe aufgefordert, bei der Reichsleitung durchzusetzen, daß Sachsen die Milch für die Entente erst abliefern, wenn die schlimmste Zeit in der Milchversorgung vorüber ist. Die Länder, die in der allgemeinen Ernährung besser gestellt sind, sollen zuerst herangezogen werden, und zwar seien dies wie schon während des Krieges alle Länder.

• Abermalige Erhöhung des Tarifes für Personen- und Güterverkehr. Die Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern sind in Berlin wieder aufgenommen worden. Es ist leider mit Sicherheit zu erwarten, daß die weiteren Erhöhungen abermals durch Tarif-erhöhungen eingebracht werden müssen. Nach den bisherigen Bestimmungen würde man, wenn alle Forderungen der Eisenbahnarbeiter restlos bewilligt würden, den Tarif für den Personen- und Güterverkehr um 150 Prozent erhöhen. Aber auch wenn der Tarifvoranschlag nicht voll angenommen würde, ist eine bedeutende Erhöhung der Eisenbahntarife unbedingt erforderlich. In verschiedenen Orten haben große Kundgebungen der Eisenbahnarbeiter stattgefunden. In Aalen wurde ein solcher Demonstrationsszug zum Eisenbahndirektionsgebäude am 3. Januar unterwegs von der englischen Polizei aufgeklärt. In Frankfurt a. M. haben die Werksstättenarbeiter an Freitag und Sonnabend voriger Woche passive Resistenz geübt. Von ihrem Verhalten wird es abhängen, ob die Werksstätten wieder geöffnet werden oder nicht. In Elberfeld fand am Montag vormittag ein Demonstrationsszug zum Direktionsgebäude statt. Die Arbeiter wollen ihre Lohnforderungen dem Präsidenten nochmals persönlich überreichen. In Jena ist in der Werksstätte der Streik beschloffen worden, er soll begonnen werden, wenn die Forderung dazu ausgegeben wird.

• Die Stärke der Besatzungstruppen. Das Generalkommando des 17. Armee Korps in Danzig gibt jetzt die Stärke der Besatzungstruppen bekannt, die diese

Tage der deutschen Kommission in Paris überreicht wurden. Danach erhalten: Schleswig 2800, Danzig einen Divisionsstab, einen Artilleriestab und 8000 Engländer, Marienwerder 1800, Allenstein 3000, Memel 1800, Oberschlesien einen Divisionsstab und 21000 Mann.

Rundschau im Auslande.

• Nach einer Washingtoner Meldung ist in Korea eine Revolution gegen die Japaner ausgebrochen. Der Sohn des Kaisers soll verhaftet worden sein.

• Amerika nimmt in Zukunft weiter an den Beratungen des Obersten Rates teil, beteiligt sich offiziell aber nicht an der Bekanntgabe der Beschlüsse.

Frankreich: Die kommende Regierung.

• Die Wiener Blätter erzählen, in die Kandidatur Millerands als Nachfolger Clemenceaus gestrichen. Millerand wird das Ministerium des Auswärtigen übernehmen und Loucheur und Tardieu in seinem Kabinett behalten. Außerdem werde für Poincare ein Sitz freigehalten werden. Man nimmt an, daß das Ministerium Millerand lediglich ein Übergangsministerium sein und einem späteren Ministerium Poincare Platz machen werde.

England: Churchill für die deutsche Regierung.

• Lord „Jutland“ hat der britische Kriegsminister Winston Churchill im englischen Unterhaus erklärt, wenn Deutschland zusammenbräche, dann werde die Lage in Europa schwierig werden; man dürfe Deutschland nicht in den Abgrund stoßen lassen. Im allgemeinen sei anzuerkennen, daß die deutsche Regierung im letzten Jahre ehrlich und korrekt die Bedingungen der Alliierten erfüllt habe. Möglicherweise bestehe eine Entente zwischen dem kaiserlichen Militarismus und dem deutschen Bolschewismus, um die deutsche Republik zu zerstören. Man müsse darüber wachen, daß nichts der Art geschehe.

Irland: Irische Polizei-Attentäter.

• Aus London wird gemeldet, daß in Garrigthmooshill in Irland in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Polizeibureau in die Luft gesprengt wurde. Die in dem Bureau anwesenden Personen wurden durch giftige Gase betäubt. In Garrigthmooshill wurde ein Polizeibureau unter Feuer genommen. — Die „Beech-Information“ meldet aus Lublin: Die Lage in Irland hat sich neuerdings sehr zugelegt: schwere Unruhen in Dublin, Limerick und Cork sind ausgebrochen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen den bewaffneten irischen Nationalisten und englischen Truppen. In Limerick wurden mehrere englische Soldaten getötet und über die Stadt das Ständerecht erklärt. Die Bürger erklärten sich solidarisches im Kampfe gegen die Engländer und für die Unabhängigkeit.

Brotkartenschwindel im Großen.

Der Berliner Magistrat um mehrere Tausend Sack Mehl betrogen.

Ein großer Brotkartenschwindel ist jetzt von der Kriminalpolizei aufgedeckt und mit Unterstützung der Brotkartenkommmissionen Groß-Berlin unterdrückt worden. Der Magistrat hat er mehrere Tausend Sack Mehl gestohlen. Die Bäckermeister Berlins müssen die Brotkarten, die sie von ihrer Kundschaft erhalten, zur Belieferung mit neuem Mehl allwöchentlich Montag zwischen 8 Uhr früh und 7 Uhr abends abliefern. Ausgenommen davon sind die Bäckermeister von Weissensee, sogenannte Landbrotbäcker. Diese haben ihre Kundschaft zum weitgrößten Teil in Berlin und sind deshalb nicht insstande, ihre Karten bis 7 Uhr abends abzugeben. Für sie ist daher die Ablieferungszeit auf 10 bis 11 Uhr abends angesetzt. Die Zwischenzeit von 7 bis 10 Uhr abends nutzten nur eine Anzahl Schieber aus, um sich von ungetreuen Arbeitern und Hilfsangestellten des Magistrats gegen Entgelt bereits abgelieferte Brotkarten zu verschaffen. Seitdem dem Handel aus den Einbrüchen viel weniger Brotkarten als früher zufließen, beuten die Schieber mehr und mehr die andere Quelle aus. Dazu brauchten und fanden sie Verbindung mit Bäckermeistern in Weissensee. Die Schieber, die mit den ungetreuen Leuten beim Magistrat in Verbindung standen, lieferten die Karten, die sie von diesen bekamen an einen polnischen Arbeiter W. Pasik, der gab sie weiter an einen früheren Bäcker Rastau, der Hauptvermittler zwischen den Schiebern und den Landbäckereien. Die Bäckermeister gaben für je 100 Karten, die bereits abgeliefert gewesen waren, 80 Stück noch gültige Brotkarten. Die abgelassenen lieferten sie dann von 10 bis 11 Uhr beim Magistrat ab. Sie hatten jedesmal ein Plus von 20 Stück.

In dem Stichtage, den die Kriminalpolizei bei der Aufdeckung des Schwindels zu einer Probe auswählte, kamen für die Weissensee Bäcker 178 Sack Mehl mehr heraus, als sie zu erhalten hatten. Davon den Bäckermeistern in Tausch gegebenen gültigen Karten kamen von den vornehmlich aus Galizien eingewanderten Großhändlern Rastau, Otto Wiesner, Mandel Starupski und Tobiasz Sidorski, an einen Berliner Mirza, der sie wiederum an Kleinhändler abgab, die gleichfalls galizischen Ursprungs waren. Die Kleinhändler verkauften sie im Straßenhandel und in Kneipen, und Rastau, der seine Bäckerei verkauft hat, verdiente so viel, daß er mehrere Hausgrundstücke und eine Villa erwerben und Mitinhaber einer Maschinenfabrik werden konnte.

Locales und Provinzielles.

KA Geisenheim, 8. Jan. Beitr. Erhöhung des Brotpreises. Um die Ablieferung von Brotgetreide, die bisher sehr ungenügend war, zu steigern, hat die Nationalversammlung beschlossen, den Landwirten für die Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht Lieferprämien zu zahlen. Hierdurch wird das für die Brotversorgung erforderliche Mehl erheblich verteuert. Da auch außerdem die Preise für Kohlen und Holz, sowie alle anderen Kosten der Bäcker weiter gestiegen sind, wurde eine bedeutende Erhöhung des Brotpreises erforderlich. Am 12. Januar 1920 wird für ein 2400 Gramm schweres Brot ein Preis von Mk. 3.— vom Kommunalverband festgesetzt. Wir verweisen diesbezüglich auf die in den amtlichen Blättern abgedruckte Anordnung des Kreisausschusses betr. die Zusammensetzung, Gewichte und Preise der Backwaren.

KA Geisenheim, 8. Jan. Die vor kurzem in den amtlichen Blättern erschienene Anordnung betr. Abgabe der Selbstversorger von 75 Pfund Speisefartoffeln je Kopf wird aus dem Erzeugerkreis sehr häufig angefeindet. Es

sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diese Anordnung nicht von den Kommunen, sondern von den Reichsstellen erlassen werden mußte, um die Allgemeinversorgung, mit der es im Rheingaukreise bekanntlich sehr traurig bestellt ist, zu sichern. Die hiesigen Behörden, haben schon frühzeitig gegen die drohende und leider auch schon eingetretene Kartoffelnot in jeder Art und Weise Vorkehrung zu treffen versucht und bleiben auch unermüdlich bemüht, sowohl Speise- als auch Saatkartoffeln zu beschaffen.

KA Weisenheim, 8. Jan. Im Januar haben die Anmeldungen zur Umsatzsteuer zu erfolgen. Es wird hierbei darauf zu achten sein, daß die Anmeldungen aus den Landgemeinden an den Kreisaußschuß in Rudesheim und die Anmeldungen aus den Städten an die Magistrate der Wohnortsgemeinden zu richten sind. Bei den Anmeldungen an den Kreisaußschuß in Rudesheim ist der Steuerbetrag nicht sofort zu entrichten, sondern erst dann zu bezahlen, wenn der Steuerbescheid den einzelnen Anmeldepflichtigen zugegangen ist. Vielfach kommt es vor, daß die Umsatzsteuerbeträge mit der Anmeldung an den Kreisaußschuß eingekandt werden. Eine Verbuchung dieser Beträge kann vor Abschluß der Veranlagung nicht erfolgen und der Kreisaußschuß muß daher die Beträge wieder an die Einsender zurücküberweisen.

Seisenheim, 8. Jan. „Die neuen Steuergesetze“ wird der Kaufmännische Verein Mittel-Rheingau an vier Vortragsabenden durch den als Steuerfachmann weithin bekannten Justizrat Dr. Fuld-Mainz einer Besprechung unterziehen lassen. Der erste Vortrag findet am Donnerstag den 15. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in dem Hörsaal der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Seisenheim statt und zwar wird der Redner an diesem Abend über „Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs“ sprechen. Bei der Wichtigkeit der genauen Kenntnis der neuen Steuergesetze kann der Besuch des interessanten und lehrreichen Vortragsabends nur jedermann dringend empfohlen werden, zumal der Eintrittspreis für Nichtmitglieder auf nur M. 1.— für den Einzelvortrag festgesetzt ist. Eintrittskarten sind bei den Herren Ostern, Hüllen und Laut erhältlich und abends an der Kasse.

Porch, 5. Jan. Raum sind die ersten Schrecken und die Angst vor einer starken Hochwassergefahr verschwunden, als sich schon ein anderes Schreckgespenst drohend an die hiesige Einwohnerschaft heranschleicht. Seit mehreren Tagen drohen sich vom „Nolling“ größere verwitterte Felsen, Schieferstein- und Erdmassen loszulösen, wobei ein großer Teil der am Bergesfuß liegenden Häuser der Gefahr einer Verschüttung ausgesetzt ist. Etwa 15 Familien mußten deshalb ihre Wohnhäuser verlassen. Derartige Felsstürze sind schon öfters am Nolling vorgekommen, jedoch nicht in solchem Umfang, wie jetzt zu befürchten ist. In einzelnen Felswänden zeigen sich mehrere bedeutende Risse.

Elville, 5. Jan. Mit Rücksicht auf den zurzeit vorhandenen großen Ueberschuß an Schulanfängerinnen findet Ostern 1920 eine Neuaufnahme in die hiesige Seminarpraktikantinnenanstalt nicht statt.

Frankfurt, 6. Jan. Infolge der herrschenden Kohlennot ist der gesamte Betrieb der Straßen- und Waldbahn von heute ab eingestellt. Elektrisches Licht darf in Privathaushaltungen nur bis 10 Uhr abends gebrannt werden. Auch die Gaszufuhr ist auf 6 bis 8 Uhr morgens und 5 bis 10 Uhr abends beschränkt.

X Bingen, 6. Jan. Der Wasserstand des Rheines hatte heute am hiesigen Pegel eine Höhe von 4.34 Meter, sodaß der Rhein von gestern auf heute um weitere 36 cm. gefallen ist. Allenthalben wird stetes Fallen des Rheines gemeldet. Der Schiffsverkehrsverkehr zeigte auch heute wieder ein sehr lebhaftes Bild, was bei der jetzigen großen Not an Verkehrsmittel sehr zu begrüßen ist.

X Bingen, 6. Jan. Der Wasserstand des Rheines und der Nahe geht anhaltend zurück. Von Samstag bis heute ist der Rhein ungefähr 65 cm. zurückgegangen. Am hiesigen Pegel wurde heute vormittag ein Stand von 4.70 Meter festgestellt. Die Schifffahrt wurde von heute ab wieder aufgenommen. Nur langsam können die schwerbeladenen Rähne bergwärts geschleppt werden, da die Strömung des Rheines, sehr reißend und stark ist.

Berlin, 5. Jan. Auch für das erste Vierteljahr 1920 sind weitere Reichsmittel im Betrage von über einer Milliarde Mark für die Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellt.

Berlin, 6. Jan. Der „Vorwärts“ verbreitet eine Uebersicht über die deutschen Kriegsverluste. Danach betragen die Verluste des Heeres an Toten insgesamt 1 718 246, davon 1 655 553 Mannschaften und 62 693 Offiziere; an Gefangenen und Vermissten 1 073 619, davon 1 050 516 Mannschaften und 23 100 Offiziere; an Verwundeten 4 234 107, darunter 116 015 Offiziere, zusammen 7 025 972. Die Verluste der Marine an Toten betragen 24 112, an Verwundeten 29 830, an Gefangenen 11 654, zusammen mit den im neutralen Ausland Internierten und an Krankheit Gestorbenen 78 342.

Aus Stadt und Land.

Mieterrundgebungen in Groß-Berlin. Im Anschluß an eine im Lustgarten abgehaltene von etwa 12 000 Personen besuchte Versammlung des Mieterverbandes Groß-Berlin kam es am Sonntag zu Streikrundgebungen vor der Reichsfinanzlei und dem Wohlfahrtsministerium. Minister Stegerwald versicherte dem Vorstand des Mieterverbandes, er wolle dafür Sorge tragen, daß die Verordnung über die Höchstmieten überdauert zur Durchgründung komme. Steigerungen über 20 Prozent hinaus dürften unter keinen Umständen vorgenommen werden.

Nach 41 Jahren aus der Strafanstalt entlassen. Aus dem Striegauer Zuchthaus wurde dieser Tage ein Zuchthäusler entlassen, der nach 41 jähriger guter Führung infolge Beantragung die Freiheit wiedererlangt hat. Der Genannte ist mit 29 Lebensjahren in ein Strafanstalt gekommen, das er jetzt als 70 jähriger Greis verlassen durfte. Während der langen Abgeschieden-

heit völlig weltfremd geworden, mußte er erst langsam wie ein Kind an das Leben draußen gewöhnt werden.

Der Ausbau des bayerischen Elektrizitätswerkes. Bei der Elektrizitätsverordnung in Bayern spielte kürzlich im Landtag der Ausbau des Bayernwerkes eine große Rolle, das das größte Kaltwasserkraftwerk von Deutschland bezim. des Kontinents werden soll. Es steht nunmehr fest, daß der Ausbau des Bayernwerkes der etwa 500 Millionen Mark kosten wird, vom Reich auf Grund des Elektrizitätsgesetzes übernommen wird, während der Ausbau des Walchenseeprojekts ausschließlich Sache Bayerns ist.

Todesfahrt im Automobil. Der 44 Jahre alte Berliner Fabrikbesitzer Fritz Casper benutzte Silvester nacht mit seiner Ehefrau und mehreren Bekannten einen des Weges kommenden Kraftwagen zur Heimfahrt nach Tempelhof. Unterwegs gab die Rückwand an die sich der Fabrikant gelehnt hatte, plötzlich nach Casper stürzte aus dem Wagen und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er jetzt gestorben ist.

Im Zeichen der Wohnungsnot. In einer Berliner Vorortzeitung findet sich das folgende Inserat: „Wünsche Herrenbesitzschaft zwecks Heirat, bin 4. Jahre. Besitze 3 Zimmer-Wohnung. Offerten usw.“ Wenn die Wohnung schon vorhanden ist, dann wird sich ja auch ein Freier finden.

Raub einer Kompagnietasche. In den Kassenraum der 4. Kompagnie der Kommandiertenabteilung in Wilhelmshafen drangen mehrere Räuber ein und warfen Brandbomben. Geraubt wurden 60 000 M. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Täter sind entkommen.

Unerwogen durch Hochwasser bedroht. Der hohe Wasserstand droht auf neue einen gewissen Teil Hollands zu überflutem. Auch in der Nähe von Unerwogen ist das Wasser außerordentlich hoch gestiegen. Man versucht durch Aufwerfen von Notdämmen der Ueberschwemmungsgefahr vorzubeugen. Der frühere Kaiser soll bei der Errichtung der Dämmung mitgearbeitet haben. Eine nur ganz geringe Steigerung des Wassers würde eine Ueberschwemmung zur Folge haben.

Verhaftung eines Millionenschwindlers. Ein Millionenschwindler namens Max Steuer ist in einem Hotel zu Berlin verhaftet worden. Durch gefälschte Duplikatfrachtscheine hat er Berliner Kaufleute um mehr als 1 1/2 Millionen betrogen. In Berlin trat er unter dem Namen Max Werner auf.

Reichswehrangebot gegen Osttruppen. Von militärischer Seite wird mitgeteilt: Die im Durchgangslager Grodno und in der Nähe Lubow-Kasern in Litauen (Sachsen) untergebrachten Osttruppen werden durch ihr Benehmen sowie vor allem durch Verleumdungen in ihrem Besitz befindlichen Schusswaffen die allgemeine Sicherheit und Schädigen des Staats durch Verleumdungen von Pferden und Ausrüstungsgegenständen aus seinem Eigentum. Zur Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände im Durchgangslager sind vom Wehrkreis IV (Sachsen) Reichswehrtruppen nach Litauen herangezogen worden.

Auf eine Mäse gestochen ist der holländische Dampfer „Nicolas“. Von Göteborg nach Amsterdam unterwegs, 20 Seemeilen nordwestlich von der Doggerbank. Die Besatzung von 18 Mann ging in zwei Boote und ruderte gegen Osten der dänischen Küste zu. Am 3. Januar morgens kamen die Boote in die Nähe von Ringbülling. Das größere der beiden Boote kenterte in der Brandung. Der Kapitän, der erste Steuermann und fünf andere ertranken. Die übrigen konnten in Ringbülling landen. Sechs Mann mußten ins Krankenhaus gebracht werden, da sie von der Kälte und den Strapazen schwer mitgenommen waren.

Eine chinesische Universität in Frankreich. Gegenwärtig ist ein Komitee in der Bildung begriffen, das die Errichtung einer chinesischen Universität in Frankreich bezweckt, die ungefähr 2000 Studierende aufnehmen soll. Die Chinesen sollen die Mithilfe haben, nach den Gewohnheiten ihrer Heimat zu leben. Ein dieser Universität wird voraussichtlich Lyon.

Der erste polnische Frachtdampfer lief am Sonntag in den Hafen von Neuschwaffers ein. Es ist dies der Dampfer „Kosciuszko“, ein neuerbautes Schiff der Polnisch-Amerikanischen Schifffahrtsgesellschaft von 7300 Tonnen, das von New York kam.

Tödtung eines radikalen Bergarbeiterführers. Der radikale Vorsitzende des Bezirksbergarbeiterrates und Führer im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik, Steiger Peters, der wegen Mordtötung, begangen gegen den Direktor des Hallischen Kalkwerkes, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist erschossen.

Aufhebung einer Spielergesellschaft. In der Silvesternacht wurden in einem Kaffee in Mannheim 25 Personen von der Polizei beim Baccarat überrascht und verhaftet. Rund 65 000 Mark verfielen der Beschlagnahme. Nach Aufnahme des Tatbestandes und der Personalien wurden die Beteiligten wieder entlassen, nur der Kaffeehausbesitzer blieb in Untersuchungshaft.

Vorfälle in Unterfranken. Infolge Brandstiftung sind in Kirchheim bei Würzburg sechs große mit Futtergetreide und Strohvorräten gefüllte Scheunen, Stallungen und Nebengebäude in Mische gelegt. Viele landwirtschaftliche Maschinen, Wagen und Geräte verbrannten mit. Der Schaden ist groß.

Ein kommunistischer Massenmörder. Wie die Budapest Blätter melden, hat der Terrorist Arpal Kohn am Tage vor seiner Hinrichtung ein Schreiben an den Oberstaatsanwalt gerichtet, in welchem er eingeklagt, daß er 44 Morde auf dem Gewissen habe. Er habe eigenmächtig 44 Menschen erschossen und er habe auch an der Ermordung zweier ungarischen Offiziere teilgenommen.

Der Tanz im brennenden Hause. Am Neujahrseiertage ist der Dachstuhl des bühnenhaften Brauhauses in Berlin abgebrannt. Das Feuer nahm sehr großen Umfang an und beschäftigte die Feuerwehr bis in den Morgenstunden. Der Brand und die ganze Ausbreitung der Feuerlöscharbeit konnte jedoch die zahlreichen Bergnagungsarbeiten, die unten im Saale des Brauereis ihrem Neujahrstanz huldigten, auch nicht

ihre Sekunde aus ihrem Eifer bringen. Während oben krachend die Balken einstürzten und die Feuerwehre von allen Seiten anrückte, hörte unten im Saale die Musik nicht eine Minute auf. Als sie einmal stockte, hieß es sofort: „Musik, Musik!“ und flott wurde weiter fortgetrieben. Hiawatha usw. gescherbelt. Und selbst als die Treppen schon Feuer gefangen hatten und total verqualmt waren, wurde weiter geschwoft. Ein Zeichen der Zeit!

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Japan. Holländische Blätter melden aus Tokio, daß im Januar fünftausend deutsche Kriegsgefangene aus Japan nach Hause geschickt werden sollen, unter der Bedingung, daß in Paris dagegen kein Einspruch erhoben wird.

Der erste Passagierdampfer aus Amerika. Der 13 000 Tonnen-Dampfer „Mandschuria“, ist von New York auf der Elbe eingetroffen. Er ist wegen seines großen Tiefganges bei Altona vor Anker gegangen. Außer Passagieren bringt er Stückgutladung.

Abgelehnte Siegestrophäen. In dem durch seine uoa quij in aus 1233 usapqps usapqps usapqps dem sozialistischen Gemeinderat die von der Armeeverwaltung zur Aufstellung auf einem öffentlichen Platz übergebenen deutschen Geschenke einstimmig abgelehnt worden. Es waren bereits eine Anzahl Kronen und Medaillen auf dem Bahnhof von Berlin eingetroffen.

Dänischer Telefonstreik. Da die Bohrverhandlungen zwischen der Kopenhagener Telefongesellschaft und den Vertretern der Angestellten als ergebnislos abgebrochen wurden, legten die Telefonarbeiter in ganz Dänemark die Arbeit nieder. Der Streik macht sich auch im internationalen Sprechverkehr des Berliner Fernamtes bemerkbar. Es ist nur möglich, mit dem Staatsamt und seinen Anschlüssen eine Verbindung zu erhalten. Die übrigen Anschlüsse, die der privaten Gesellschaft gehören, liegen vollkommen still.

Water und Sohn ermordet. In der letzten Nacht wurde, wie aus Potsdam gemeldet wird, der Gastwirt Kraaz und dessen Sohn aus Krippern im Gubener Landkreise, unweit ihres Grundbesitzes, erschossen und beraubt. Nach Verübung der Tat kehrten die Mörder nach der Gaststube zurück, um sich ihre Beute zu sichern. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Streik der holländischen Schauspieler. Der Vorstand der holländischen Bühnenspielervereinigung kündigt den allgemeinen Streik sämtlicher Schauspieler an. Alle Theater und Opern werden geschlossen. Auch die britischen Schauspieler, die augenblicklich Gastrollen in Haag geben, verpflichteten sich, keine neuen Engagements in Holland mehr anzunehmen.

Wofür sind Bestellgebühren zu zahlen. Da beim Publikum Unklarheiten darüber bestehen, in welchem Umfange Bestellgebühren zu zahlen sind, wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Erhöhung der Postgebühren am 1. Oktober 1919 die Erhebung von Bestellgeldern bei Paketen, Wertbriefen, Postanweisungen und Zahlungsanweisungen in Wegfall gekommen ist. Nur noch für Eisenbahnungen, wenn das Bestellgeld vom Absender nicht vorausbezahlt ist, und für das Abtragen von Zeitungen werden von den Empfängern noch Bestellgebühren erhoben.

Kleine Nachrichten.

Seit dem 23. November fehlt jede Nachricht vom holländischen Dampfer „City of Calcutta“, der dreihundert Jahre alte an Bord hat.

Das Warschauer Militärgericht hat vier Militärhaupteure wegen Diebstahls von Automobilmotoren auf dem Militärflugplatz zum Tode verurteilt.

Aus Adenabai bei Spitzbergen wird eine Explosion in einem Kohlenbergwerk gemeldet. 13 Leichen sind gefunden worden. 13 Arbeiter werden noch vermisst.

Aus Montevideo wird gemeldet, daß das „Bolshoi“, eines der größten Theater in Südamerika, durch eine Feuerbrunst zerstört wurde.

Gerichtssaal.

Gegen Graf Arco wird verhandelt. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht München I, Hahn, sendet dem „Vorwärts“ folgende Zuschrift: Die Nachricht, daß Graf Arco-Balley, der Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, für dauernd verhandlungsunfähig erklärt worden sei und seine Tat daher angeklagt bleibe, ist unzutreffend. Nach den vorliegenden drei ärztlichen Gutachten handelte es sich nur um eine vorübergehende Verhandlungsunfähigkeit, welche die Abfertigung der auf den 9. Dezember 1919 anberaumten Hauptverhandlung notwendig machte. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I hat unmittelbar nach dieser Terminabsetzung die zur Ermöglichung einer Hauptverhandlung erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und wird, sobald es die gesundheitlichen Verhältnisse Arcos gestatten, voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats deren Durchführung betreiben.

Volkswirtschaftliches.

3 1/2 Milliarden neuer Zettel seit September. Der Umlauf an Banknoten und Darlehnskassenscheinen ist in den letzten Monaten wieder unheimlich angestiegen. Der Reichsbankausweis vom 23. Dezember 1919 zeigt einen Banknoten- und Darlehnskassenscheinen-Umlauf von nicht weniger als 34,12 Milliarden Mark, während am 1. September 1919 der Umlauf nur 30,62 Milliarden Mark betrug. In den letzten vier Monaten sind nicht weniger als 3 1/2 Milliarden Mark neuer Zettel in den Verkehr gegeben worden, während im ganzen Jahre 1919 der Umlauf an Banknoten und Darlehnskassenscheinen sich von 32,28 auf 47,71 Milliarden, also um etwa 15 1/2 Milliarden, hob. Diese gewaltige Steigerung des Umlaufs an Zahlungsmitteln wird einmal zurückgeführt auf die ständig nach oben gerichtete Preisbewegung auf dem Warenmarkte. Man denke nur an die gewaltige Preisaufhebung der Rohstoffe, Kohlen- und Lebensmittelpreise, die beträchtliche Erhöhung des Eisenbahntarifs usw. Vor allem aber wird der Neudruck von Noten veranlaßt durch das fortgesetzte Hinausströmen sehr großer Mengen von Markzahlungsmitteln ins Ausland für geschuldete Einfuhren. Außerdem hat die Verordnung über den Depotzwang zahlreiche Effektenbesitzer veranlaßt, ihre Wertpapiere zu verkaufen und den Erlös in Papiergeld aufzubewahren. Es geht auch das Gerücht, daß Bankguthaben größeren Umfangs abgehoben worden sind, da ihre Besitzer annehmen, diese Vermögenswerte in barer Form der Veranlagung zum Reichssteuererlass zu können.

